



## Berater zahlen mehr, Kunden zahlen drauf.

Probleme und Lösungsvorschläge zur Finanzierung der österreichischen Finanzmarktaufsicht aus dem Blickwinkel von Wertpapierunternehmen.

# Belastungslawine gefährdet Berater und Konsumenten.

**Immer weniger Wertpapierfirmen zahlen immer höhere FMA Beiträge.**

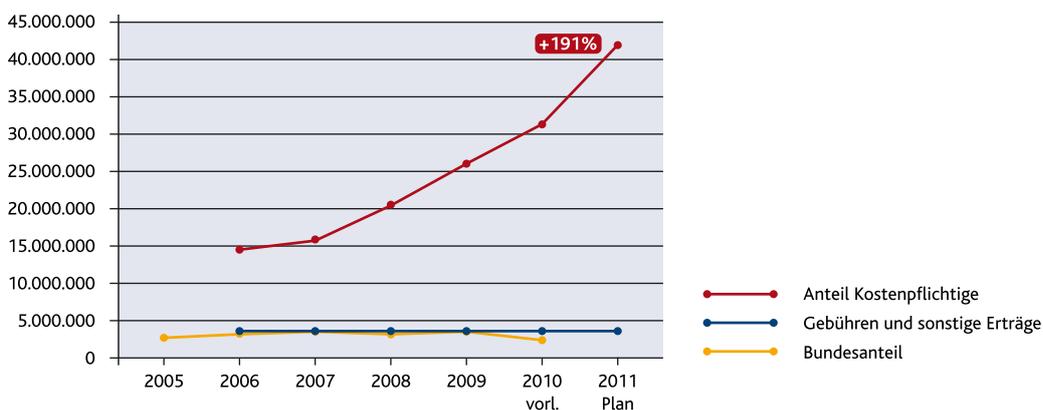
Der österreichische Kapitalmarkt wird von der Finanzmarktaufsicht (FMA) reguliert. Die Kosten dieser Behörde werden nur zu einem kleinen Teil vom Bund getragen. 2011 leistete der Staat lediglich einen pauschalen Beitrag von € 3,5 Mio. Der große Rest von rund € 38,1 Mio. wird laut Gesetz auf die Beaufsichtigten umgelegt. 52% davon sind Banken, 23% Versicherungsunternehmen und Pensionskassen und 25% Wertpapierunternehmen. Da sich die Zahl der Wertpapierfirmen und Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Zuge der Finanzmarktkrise drastisch reduziert hat, stöhnen die „Überlebenden“ unter immer höheren Aufsichtskosten.

**Die Kosten der Finanzmarktaufsicht sind seit 2006 um 191% angestiegen.**

FMA-Aufwendungen	2006	2007	2008	2009	2010	2011 vorl.
Personal	14.100.000	15.900.000	16.300.000	21.200.000	24.800.000	26.700.000
Sachaufwand	5.900.000	5.700.000	10.200.000	11.200.000	12.400.000	17.000.000
Sonstige/Abschreibungen	800.000	800.000	900.000	1.100.000	1.200.000	1.100.000
<b>Summe</b>	<b>20.800.000</b>	<b>22.400.000</b>	<b>27.400.000</b>	<b>33.400.000</b>	<b>38.400.000</b>	<b>44.800.000</b>

**Der Anteil des Bundes an der Finanzierung der Behörde stagniert seit 2006. Berücksichtigt man die Inflation ist er tatsächlich sogar gesunken.**

**FMA-Erträge**



## § 16. (1) FMA Kostenverordnung:

**Große zahlen weniger, Kleine zahlen mehr.**



„Der Kostenanteil einer Wertpapierfirma oder eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens ... ergibt sich aus dem Verhältnis der Umsatzerlöse ...“ Konkret: 100% des Umsatzes werden zur Berechnung der Beiträge herangezogen.

Anders bei Versicherungen und Kapitalgesellschaften! Dort werden nur

67% des Umsatzes als Berechnungsgrundlage angesetzt. Das bedeutet: umsatzstarke Unternehmen, durchwegs große Finanzkonglomerate, werden von der Kostenverordnung einseitig bevorzugt. Und dies obwohl Banken auch die größte Gruppe der Beaufsichtigten darstellen!

## Vorteile selbständiger Beratung

Österreichs Konsumentinnen und Konsumenten wollen für ihre Anlagegeschäfte selbständige Finanzberater als Vertrauenspersonen! Selbständige Finanzberater müssen mit einem Wertpapierunternehmen kooperieren, welches sie bei der Finanzmarktaufsicht registriert und gegen etwaige Fehler versichert. Erst dann dürfen sie Kunden überhaupt beraten. Zusätzlich bezahlen Wertpapierfirmen in eine Anlegerentschädigungseinrichtung, die Kunden bei Produktmängeln entschädigt. Ohne Wertpapierfirmen hätten Konsumentinnen und Konsumenten keinen Zugang zu selbständiger Finanzberatung! Anlegern bliebe nur der Weg zur Bank oder zum angestellten Außendienst der Versicherungen, die beide naturgemäß stets das eingeschränkte Angebot ihres eigenen Hauses empfehlen.

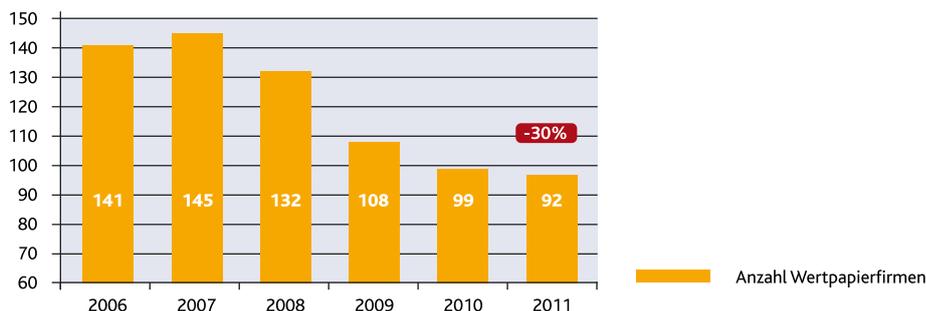


### Zugang zu selbständiger Beratung in Gefahr!

Je weniger Wertpapierfirmen es gibt, umso höher ist der Anteil an den Kosten der Finanzmarktaufsicht für jene, die übrig bleiben. Denn die FMA muss ihre Kosten an die von ihr beaufsichtigten Unternehmen weiterreichen. Das ist umso schlimmer für diese Unternehmen, wenn die Kosten der FMA gleichzeitig ansteigen. Seit 2006 hat sich die Zahl der Wertpapierfirmen von 141 auf 92 reduziert und ihre Einnahmen haben sich gleichzeitig um 36 Prozent verringert. Die Kosten für die Aufrechterhaltung der Konzession sind für alle Wertpapierfirmen in den letzten sechs Jahren - bezogen auf den Umsatz - um das 4-fache angestiegen, einzelne Unternehmen zahlen bis zu 11 mal höhere FMA-Beiträge, und zwar auf Basis ihrer Umsatzerlöse, obwohl diese keinen Indikator für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit darstellen.

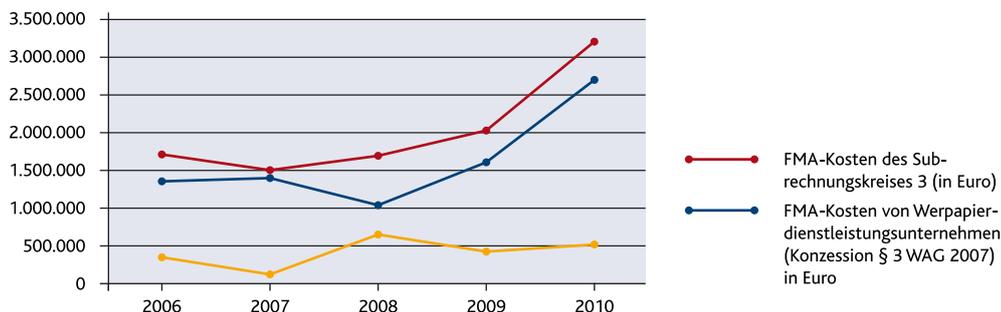
Die von der FMA beaufsichtigten Kreditinstitute hingegen bemessen ihre FMA-Beiträge nicht auf Basis des Umsatzes, sondern u.a. in Abhängigkeit der Eigenmittelerfordernisse - darüber hinaus verteilen sich ihre FMA Kosten auf 824 Institute. Das sind nur rd. 6% weniger Institute als noch 2006. Diese Ungleichbehandlung gefährdet den Zugang zu selbständiger Finanzberatung in Österreich, weil sich immer weniger Beratungsunternehmen ihre Konzession leisten werden können!

### Anzahl Wertpapierfirmen



Die Anzahl der Wertpapierfirmen in Österreich ist seit 2006 um 30% gesunken.

### FMA-Kosten des Subrechnungskreises 3 (in Euro)



Der Kostenanteil der Wertpapierfirmen für die FMA hat im selben Zeitraum um 88% zugenommen! Immer weniger Unternehmen zahlen immer höhere Beiträge.

### AFPA will finanzielle Nahversorgung der Bevölkerung sicherstellen.

Damit Österreichs Wertpapierunternehmen ihren Auftrag gegenüber den heimischen Konsumentinnen und Konsumenten auch zukünftig erfüllen können, muss die Berechnung der Kosten für die Aufsicht geändert werden. Künftig sollen sie anhand der Deckungsbeiträge der Unternehmen statt in Abhängigkeit vom Umsatz eingehoben werden. Um personalintensive Vermögensverwalter nicht zu benachteiligen, sollte ihr Deckungsbeitrag um die Personalkosten bereinigt werden.



**AFPA** ist der Branchenverband, der mit seiner Arbeit und seiner Mitgliederstruktur die gesamte selbständige Vermittlung von Versicherungen und Finanzdienstleistungen abbildet. Das Augenmerk unserer Interessenvertretung gilt den Unternehmen, die Konsumenten und Firmenkunden Versicherungen, Wertpapiere und Finanzierungen anbieten, mit klarer Abgrenzung zum angestellten Außendienst von Banken und Versicherungen.

Gerade der Vertrieb durch selbständige Berater ist zunehmend durch ein Übermaß gesetzlicher Regulierungen belastet. Unsere Branche leidet auch darunter, dass der Gesetzgeber bislang Teilbereiche voneinander isoliert betrachtet und noch kein einheitliches Regelungskonzept für den gesamten Markt gefunden wurde.

**AFPA** ist durch den europäischen Dachverband **FECIF** mit Sitz in Brüssel direkt in die EU Finanzmarktregulation eingebunden. Seinen Mitgliedern bietet AFPA zeitnahe Informationen über alle relevanten Themenbereiche und die Möglichkeit des Meinungs- und Erfahrungsaustausches mit Behörden und Marktteilnehmern im In- und Ausland.



**Austrian Financial & Insurance Professionals Association**



[www.afpa.at](http://www.afpa.at)

**Austrian Financial & Insurance Professionals Association**

Mooslackengasse 17, 1190 Wien

Phone +43 (0)1 230 60 3475 • Fax +43 (0)1 230 60 3476 • Mail [gw@afpa.at](mailto:gw@afpa.at) • Web [www.afpa.at](http://www.afpa.at)